

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der CDU, SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Carsharing in Bremen stärker bewerben und attraktiver machen!

In Bremen teilen sich drei Anbieter den Carsharing-Markt: cambio, Move About und Flinkster. Dabei ist cambio mit 250 Fahrzeugen vor Move About (15 Fahrzeuge) und Flinkster (drei Fahrzeuge) der größte Carsharing-Anbieter in Bremen. Nicht nur bei der Fahrzeugflotte, auch bei den Nutzerzahlen sowie Mobilpunkten ist cambio der Marktführer in Bremen. Cambio hat zurzeit 11.900 Nutzerinnen und Nutzer und 73 Mobilpunkte, Move About hat 600 Nutzerinnen und Nutzer und 9 Mobilpunkte. Dass für die Nutzerinnen und Nutzer durch den hohen Marktanteil von cambio keine finanziellen Nachteile entstehen, zeigen die deutschlandweit einheitlichen Preise des Carsharing-Anbieters. Cambio nutzt seine marktbeherrschende Stellung somit nicht in Form höherer Gebühren in Bremen aus, sondern bietet durch eine Vielzahl von Mobilpunkten ein attraktives Carsharing-Netz. Die Stadt Bremen ist mit 557.000 Einwohnern nicht für alle Carsharing-Anbieter ein interessanter Markt. Car2go, ein Anbieter des Automobilherstellers Daimler sowie des Mietwagenunternehmens Europcar haben im Dezember 2016 bekräftigt, dass der Bremer Standort für das Unternehmen uninteressant sei und erst ab einer Einwohnerzahl von einer Million nachhaltig bewirtschaftet werden könne. Da sich die Preise der Anbieter nur minimal unterscheiden sollten bei der Vergabe von neuen Stellplätzen die Nutzerinnen und Nutzer im Vordergrund stehen, um ihnen ein attraktives und für alle Stadtteile erreichbares Carsharing-Netz anbieten zu können. Auch die Stadt Bremen muss sich weiterhin für ein wachsendes Netz aus Mobilpunkten einsetzen und allen potentiellen Anbietern den Zugang ermöglichen. Die Ankündigung, Move About bei der nächsten Vergabe von öffentlichen Flächen für Mobilpunkte stärker als bisher zu berücksichtigen ist deshalb zu begrüßen. Damit Carsharing auch in abgelegenen Stadtteilen wirtschaftlich erfolgreich betrieben werden kann muss Carsharing bei Bremerinnen und Bremern bekannter werden. So werben die Anbieter cambio und Move About damit, dass für Inhaber eines MIA-, MIA-plus-, oder Job-Tickets die Anmeldegebühr bei der Registrierung wegfällt. Auf den Internetpräsenzen von VBN und BSAG wird allerdings nur der Anbieter cambio erwähnt. Die BSAG listet mit ihrem digitalen Netzplan alle Mobilpunkte auf, jedoch nicht in den Fahrzeugen, bzw. an (allen) Haltestellen. Die BREPARK, als städtische Gesellschaft, wirbt ebenfalls für die Mobilpunkte in ihren Parkhäusern, diesem Beispiel sollten auch weitere städtische Eigenbetriebe der Stadt Bremen folgen. Umso mehr Bremerinnen und Bremer carsharen, umso mehr innerstädtischer Platz wird eingespart und gleichzeitig geht durch verändertes Fahrverhalten die Verkehrs- und damit auch die Umweltbelastung durch Lärm und Abgase zurück.

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. sich weiterhin für einen verstärkten Ausbau von Mobilpunkten für Carsharing-Anbieter, gerade in unterversorgten Gebieten und den Stadträndern, in Bremen einzusetzen und Carsharing bei großen städtebaulichen Vorhaben und Wohnbauprojekten stärker im Planungsprozess zu berücksichtigen.
2. der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft in der ersten Jahreshälfte 2017 einen Bericht vorzulegen, inwiefern Bremen auf Internetseiten und weiteren werberelevanten Medien der Beteiligungen und Eigenbetriebe der Freien Hansestadt Bremen für Carsharing (stärker) werben kann.
3. sich dafür einzusetzen, dass alle Carsharing-Anbieter auf den Internetseiten und Broschüren von BSAG und VBN, die Vorteile für Abonnenten von Monats- oder Jahreskarten anbieten, zu erwähnen.
4. sich dafür einzusetzen, die Carsharing-Standorte dem Netzplan-Aushang der BSAG an allen Haltestellen, in den Bussen und Straßenbahnen, der Fahrplanauskunft auf der Internetpräsenz der BSAG sowie der vbn-App hinzuzufügen.

Heiko Strohmann, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

Heike Sprehe, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Ralph Saxe, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
